

## Welchen Job Kurz (nicht) übernimmt

Der Ex-Kanzler heuert in den USA an.

Wien. Der frühere Bundeskanzler Sebastian Kurz übernimmt einen neuen Job und wird künftig zwischen den USA und Europa pendeln, wie am Wochenende bekannt wurde. Den neuen Arbeitgeber hat er noch nicht verraten, Spekulationen, dass es sich dabei um den US-Konzern Palantir handelt, sind aber nicht richtig. Generell sind Engagements bei börsennotierten Konzernen tendenziell auszuschließen, solange es Ermittlungen gegen den früheren Bundeskanzler gibt. Das würde den Compliance-Regeln widersprechen.

„Presse“-Informationen zufolge könnte Kurz bei einem jener Unternehmer andocken, mit denen er schon in den vergangenen Jahren Kontakt hatte. Wahrscheinlichste Variante: bei Peter Thiel, einer der Gründer von Palantir, der jetzt als Investor und Risikokapitalgeber über ein umfangreiches Firmennetzwerk verfügt.

Die zweite Variante: Ex-Google-Chef Eric Schmidt, einer der reichsten US-Bürger, der allerdings seine wirtschaftlichen Aktivitäten zuletzt stark zurückgefahren hat, aber mitunter noch als Berater tätig ist. Das könnte ebenfalls eine Option für Kurz sein. (no)

## ÖVP-Walser: „Gewessler einbremsen“

Kritik am Koalitionspartner kommt aus Tirol.

Innsbruck. Der Tiroler Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Walser – er gilt als potenzieller Nachfolger von Landeshauptmann Günther Platter – übt scharfe Kritik am grünen Koalitionspartner auf Bundesebene im Allgemeinen und an Verkehrsministerin Leonore Gewessler im Speziellen. Die Ministerin gehöre eingebremst, denn „dass man alles abdreht, was mit Verkehr zu tun hat, wird nicht die Zukunft sein. Das zieht sich durch vom Luegtunnel bis zur Lobau“, sagte Walser. „Die Grünen sind jene Partei, die beinhaltet ihre Ideologie durchzieht. Nicht die ÖVP.“ Es sei jedenfalls zu viel Ideologie im Spiel. „Es gehören klare Verhältnisse geschaffen“, sagt Walser. Schließlich habe die ÖVP 37 Prozent, die Grünen seien eine 13-Prozent-Partei. (APA)

**Interview.** Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) über Sexismus in der Politik, explodierende Strompreise, die Gefahren eines Blackouts und die „gefährliche“ Atomenergie.

## „Meine Hartnäckigkeit überrascht“

VON JULIA WENZEL

**Die Presse:** Klimaticket, Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, CO<sub>2</sub>-Bepreisung, Pfand, Bahnausbau, Lobau: In Ihrer Erfolgsliste fehlt das versprochene Klimaschutzgesetz, das Sie noch mit der ÖVP verhandeln. Wer blockiert das und warum?

**Leonore Gewessler:** Wir haben ein intensives Jahr hinter uns, in dem wir enorm viel umsetzen konnten. Das Klimaticket, das seit 15 Jahren versprochen wird, haben sich seit Oktober schon mehr Menschen gekauft, als wir für das erste Jahr kalkuliert hatten (rund 133.000, Anm.). Wir haben erstmals das Steuersystem zum Hebel für den Klimaschutz gemacht und Einwegpfand auf Dosen und Plastikflaschen fixiert. Genau so wird es weitergehen. Das Klimaschutzgesetz steht noch auf der Liste an Projekten, die wir umsetzen werden.

**Wann kommt es?**

Bei so einem umfassenden Gesetz gibt es viel zu diskutieren. Wir sind in der finalen Phase.

**Zuletzt waren einige ÖVP-Politikerinnen viel Hass und Hämie ausgesetzt. Im „Falter“ wurde die Freundin von Sebastian Kurz als Maria mit entblößter Brust persifliert. Wie weit darf die Kritik an Frauen in der Politik gehen?**

Jede Politikerin, aber genauso jeder Politiker ist selbstverständlich Kritik ausgesetzt. Das ist notwendig und wichtig. Was wir aber schon sehen, nicht nur in Österreich, ist, dass Frauen in diesem Diskurs anders kritisiert werden. Bei ihnen ist es oft nicht einfach nur Kritik, sondern Sexismus. Davon sind Frauen anders betroffen. Das gilt aber nicht nur für Politikerinnen. Dagegen muss man arbeiten.

**„Das hätte man ihr nicht zugebraut“ hat man auch oft über Sie gelesen.**

Vielleicht überrascht manche meine Hartnäckigkeit. Mich beschäftigt der Klimaschutz seit Jahrzehnten. Hier etwas zum Besseren zu verändern war mein persönlicher Antrieb, in die Politik zu gehen. Ich habe oft kommentiert und gefordert, mehr zu tun. Das mache ich jetzt jeden Tag im Ministerium.

**Man hat den Eindruck, meinungsstarke Frauen regen besonders auf. Sie gelten als harte Verhandlerin. Hat Sie der öffentliche Widerstand überrascht?**

Nein. Veränderung zu gestalten ist eine anspruchsvolle Tätigkeit und für viele oft mit Unsicherheit behaftet. Dass es hier Widerstände gibt, hat mich nicht überrascht. Ich habe mutige Entscheidungen getroffen, damit wir im Klima-



Klimaschutzministerin Leonore Gewessler lädt Wien und Niederösterreich ein, über Alternativen zur Lobau-Autobahn zu verhandeln. [APA/Neubauer]

schutz weiterkommen. Und es ist immer schön zu sehen, wie viele Menschen es gibt, die gemeinsam Zukunft gestalten wollen. Das zeigt sich in all den Projekten.

**Die emotionalste Debatte haben Sie mit dem Stopp des Lobau-Tunnels entfacht. Die Stadt Wien drohte Jugendlichen, die gegen die Stadtstraße protestierten, mit Klagen. Fühlen Sie sich für sie verantwortlich?**

Wir haben die Argumente der Stadt Wien ernst genommen. Wenn sie ihren Teil der Stadtstraße bauen will, dann bauen auch wir unseren Teil der S1-Spange. Doch hier kämpft eine junge Generation dafür, Klimaschutz zu priorisieren. Mein Zugang ist es, dieser auf Augenhöhe zu begegnen und den Dialog zu suchen, nicht mit Klagen zu drohen.

**SPÖ-Stadträtin Ulli Sima wollte die Klagsdrohungen zunächst nicht zurückziehen. Nun will sie das doch und sich „ehrlieh entschuldigen“.**

Ich finde, der Schritt zurück ist ein richtiger Schritt. Wenn die Stadt Wien den Dialog sucht, ist das gut. Mir ist darüber hinaus wichtig, dass wir zügig an den Alternativen zum Lobau-Tunnel arbeiten. Ich habe eine Einladung an Stadträtin Sima und (den niederösterreichischen, Anm.) Landesrat Schleritzko ausgesprochen, dass wir hier rasch ins Gespräch kommen.

**Was sind denn die Alternativen?**

Die Waldviertel-Autobahn ist ein gutes Beispiel, bei dem wir eine bessere Lösung als die Autobahn gefunden haben. Das bedeutet, in den öffentlichen Verkehr zu investieren und kleinräumig niederrangige Straßen zu verstärken.

**Die FPÖ wirft Ihnen „Gesetzesbruch“ vor und brachte eine Ministeranklage gegen Sie ein. Auch die ÖVP ist sauer. Fürchten Sie nicht, dass sie mit der FPÖ mitstimmen könnte?**

Nein. Wir haben ein gemeinsames Regierungsprogramm, das sich auf mehr Klimaschutz geeinigt hat. Genau diese Dinge sind die Basis für die Entscheidung.

**Sie begehen mit dem Baustopp keinen Gesetzesbruch?**

Natürlich nicht. Es ist meine Aufgabe als Ministerin, Infrastruktur zu planen und zu bauen. Und zwar Infrastruktur, die in der Zukunft vernünftig ist. Das heißt, auf die Bedürfnisse der Menschen zu achten, aber auch unser Klima zu schützen. Genau das tue ich.

**Die Energiepreise explodieren. Muss der Staat bald regulierend eingreifen?**

Wir beobachten die Situation mit der E-Control genau und haben bereits Schritte gesetzt. Ökostrom-Förderbeitrag und -Pauschale wurden ausgesetzt. Damit erspart sich ein durchschnittlicher Haushalt 2022 rund 100 Euro. Wir haben auch eine Teuerungsabteilung von 150 Euro für einkommensschwache Haushalte beschlossen. Den Klimabonus zahlen wir in vollem Ausmaß aus, obwohl die CO<sub>2</sub>-Bepreisung erst im Juli beginnt.

**Sie forcieren Fotovoltaik und Windkraft, was aber zu starken Schwankungen im Netz führt. Rechnen Sie mit einem zeitnahen Blackout?**

Nein. Österreich hat eines der sichersten Stromnetze Europas. Wir bauen es laufend um, um beim Umstieg auf Erneuerbare

Schritt für Schritt anzupassen. Anfang 2021 hatten wir eine kritische Situation. Aber gerade da hat man gesehen, dass unsere Sicherheitsnetze funktionieren. Wir üben und simulieren das ja laufend.

**Ist es nicht heuchlerisch, dass Österreich betont, grünen Strom zu produzieren, aber Strom aus Atomenergie und Kohle zukauf?**

Wir wollen 100 Prozent Strom aus Erneuerbaren. Österreich wird das erste Land sein, das den Verbrauch ab 2030 zu 100 Prozent damit decken kann. Diese Entwicklung machen auch andere Länder mit. Wir setzen uns europaweit dafür ein, aus der Atomenergie auszustiegen.

**Sie gilt für viele als Übergangslösung bzw. kleineres Übel.**

Wir sehen in allen neuen Projekten eine massive Bauzeit- und Kostenüberschreitung. In der Zeitspanne, die für die Klimakrise von großer Bedeutung ist, nämlich den nächsten zehn Jahren, wird die Atomenergie keinen Beitrag leisten. Sie ist keine Lösung für den Klimaschutz, davon bin ich absolut überzeugt.

**Sie planen für die nächsten zehn Jahre. Frustriert Sie, dass Ihre Nachfolger vieles wieder rückgängig machen könnten?**

Die Klimakrise ist da. Sie geht nicht mehr von selbst weg. Wir haben den historischen Auftrag, dafür zu sorgen, dass wir in 30 Jahren noch ein gutes Leben haben. Wir stellen die Weichen dafür. Viele der Projekte werden zwar erst fertig, wenn ich vielleicht nicht mehr Ministerin bin. Aber sie werden gebaut. Die Ziele sind gesetzlich verpflichtend und werden uns jedes einzelne Jahr bis 2040 beschäftigen. Auch jede folgende Regierung.



Hermann Nitsch, verkauft um € 108.000



Weltrekord - Martha Jungwirth, verkauft um € 197.000

### Erfolgreich eingebracht und verkauft!

Kontaktieren Sie unsere Expertinnen bezüglich Beratung und Einbringung zu unserer nächsten Auktion.  
Auktionshaus im Kinsky, Freyung 4, 1010 Wien  
office@imkinsky.com, +43 1 532 4200, imkinsky.com

Expertenberatung für den Kunstverkauf:  
27.-30. Dezember, 10-18 Uhr  
3.-5. Jänner, 10-18 Uhr

imKinsky